

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Ankündigungen müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gesp. Zeilen kosten 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche (Ankündigungen) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 4.

Sonntag den 26. Januar.

1902.

Expedition: G. Heinisch, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Gerichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

An die Herren Bevollmächtigten!

Die Tabak-Arbeiter-Bestellungen auf Monat Februar müssen bis spätestens Montag den 27. Januar bei uns aufgegeben sein. Bestellungen, die später einlaufen, werden erst nach dem allgemeinen Versand berücksichtigt. Die Expedition.

Zur Tabakbesteuerung.

Es ist wahr, daß die vom Schatzsekretär Freiherrn v. Thielmann in der Statsbegründung eröffnete Aussicht auf eine höhere Besteuerung des Tabaks keine freudige Aufnahme bei den Rednern der einzelnen Parteien im Reichstage fand. Allein, daraus darf man nicht schließen, daß alle Parteien nichts von einer höheren Besteuerung des Tabaks wissen wollten. Man muß sich der Haltung der Parteien zu dem Fabriksteuerprojekt 1894/95 erinnern und daran ihre heutigen Meinungen messen. Vor allem wolle man bedenken, daß nächstes Jahr die allgemeinen Reichstagswahlen stattfinden und gerade die regierungstreuen Parteien, einschließlich des Centrums, alles zu vermeiden suchen, was in der Wahlagitacion ihnen schädlich werden könnte. Darum suchen sie sich mit parlamentarisch-jeuitischer Schlaueit um feste Erklärungen über die von der Regierung gewünschte Mehrbelastung des Tabaks herumzuwinden.

Der Schatzsekretär wollte mit der Drohung einer höheren Bier- und Tabaksteuer zunächst vielleicht auch nur die Parteien zur Annahme des Polltarifs anfeuern, von dessen Einführung die Regierung eine Steigerung der Reichseinnahmen von 150 bis 200 Mill. Mark erwartet. Indes, die Beunruhigung der Tabakindustrie wird geradezu systematisch betrieben, so daß man nicht ohne Grund heimliche Steuerpläne dahinter ahnen sieht. Und schon um dieser ununterbrochenen Beunruhigung willen müßte die Unternehmerschaft der Tabakindustrie energischer gegen die wie immer gearteten Pläne und Absichten der Regierung auftreten. In den Unternehmersonorganen ist dies nicht in dem Maße der Fall, wie es notwendig wäre. Dagegen wenden sich politische Zeitungen schärfer gegen die Regierung. Es scheint, als ließen sich die Fachorgane daran genügen.

Die Süddeutsche Tabakzeitung wundert sich darüber, daß heute wieder von einer Tabaksteueränderung gesprochen wird, „nachdem in dem im November erschienenen Motivenbericht zum Polltarifentwurf sehr treffend die schlimmen Folgen für das deutsche Tabakgewerbe herabgedeutet waren, wenn man die Industrie jetzt wieder mit Tabaksteueränderungen heimsuchen wollte“, und fährt dann fort:

Wir können solche ministerielle Bemerkungen nur als nachdrücklichste Beflaggen. Tabak ist nachgerade in Deutschland genug belastet und Arbeitslose frieren im Reich genug herum, man braucht also ohne zwingende Gründe wohl nicht die Tabakindustrie, die so schwer unter dem wirtschaftlichen Druck zu leiden hat, zu alarmieren. Wozu denn immer der Tabak herhalten? Und wie soll das geschehen, wenn man aus Tabak Mehreinnahmen erzielen will? Eine einseitige Zollserhöhung brächte keine Mehreinnahmen. Zoll- und Steuererhöhung würde scheitern an den Agitationen der Pflanzler, deren Geschrei man bei uns in Deutschland eher erhört als die Beweisführung der Industrie, die Hunderttausende kleiner Existenzen nährt. An ein Monopol bei der heutigen Entwicklung und Decentralisation der Industrie auf den Dörfern ist in Deutschland nicht zu denken. Selbst das kleine bankrotte Bulgarien sträubt sich gegen Privat- oder Staatsregien! Die Fabriksteuer ist ein verschlimmertes Monopol und wurde schon zweimal vom Reichstage abgelehnt. Sollen die im nächsten Frühjahr stattfindenden Reichstagswahlen wieder unter den Tabaksteuer-Agitationen vor sich gehen? Davor möge das Reich und unsere Industrie bewahrt bleiben. Woher sollen denn nach Mehreinnahmen aus Tabak kommen? Der Tabak trägt ja von Jahr zu Jahr mehr zum Reichshaushalt in den verschiedensten Formen bei. Man lasse doch endlich einmal den Tabak in Ruhe.

Es ist wohl anzunehmen, daß die neueste Agitationsnummer des Bauernbundes, Einführung eines Rohstoffhandelsmonopols, nur auf dem Acker des unberühmten Agrarieriums gemacht ist und daß die heutige Reichsregierung dieser Idee, die dem famosen Antrage des Grafen Kanitz für Getreide sehr nahe steht, ebenso abgeneigt ist, wie die früheren Regierungen. Man soll also endlich das Tabakgewerbe in Ruhe lassen. Diese ewige Beunruhigung wichtiger Produktionsgruppen zeugt von einem eindringendem Verständnis, noch von weiser Rücksichtnahme auf das wirtschaftliche Leben. Das ist recht traurig.

Die Deutsche Tabakzeitung meint, daß die Haltung der Mehrzahl der Parteien den Reichsschatzsekretär veranlassen wird, „sich doch noch reiflich zu überlegen, ob er dem Reichstag mit derartigen neuen Steuern kommen soll. Es könnte dies neue Agitationsmittel für die nächsten Reichstagswahlen doch für die Regierung sehr verhängnisvoll werden“.

Wenn in dieser Ansicht der Deutschen Tabakzeitung auch die Ansicht der Unternehmer sich kund gäbe, dann könnte man diesen nur raten, vorzuzugreifen, daß bei den nächsten Reichstagswahlen nur charakterfeste Abgeordnete gewählt werden, die ein für allemal höhere indirekte Steuern, speziell aber solche auf Tabak ablehnen. Denn das steht bombenfest, daß die Regierung bei der ersten besten Gelegenheit wieder mit dahinzuliehenden Forderungen hervortritt. Wir werden es bei den nächsten Wahlen an der nötigen Mahnung nicht fehlen lassen, wenn — bis dahin nicht Schlimmeres geschieht.

Partei und Gewerkschaft.

Ueber diesen in den letzten Jahren innerhalb der Partei- und Gewerkschaftskreise öfters erörterten Gegenstand enthalten die Sozialistischen Monatshefte einen längeren Artikel aus der Feder des Reichstagsabgeordneten Auer. Möglich, daß ihm die Debatten über den Hamburger Accordmaurerstreit Veranlassung gegeben haben, das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Gewerkschaften nochmals ausführlich darzulegen. Auer tritt zunächst der oft aufgetretenen Behauptung entgegen, daß die leitenden sozialdemokratischen Parteikreise der Gewerkschaftsbewegung unsympathisch oder gar feindlich gegenüberständen, schildert die gewerkschaftliche Entwicklung der letzten vier Jahrzehnte und weist nach, daß es die Führer der Sozialdemokratie in Deutschland waren, die den Arbeitern die erste Anregung zur gewerkschaftlichen Organisation und dieser selbst Ziel und Richtung gaben. Er weist darauf hin, wie gerade die Genossen York, Fritsche, die Brüder Kapell, Grotkau, Bock-Gotha sich in den 70er Jahren die denkbar größte Mühe gaben, die gewerkschaftliche Bewegung zu fördern. Von einer Eifersucht zwischen dieser und der Partei sei damals keine Rede gewesen. Erst unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes sei der Versuch gemacht worden, die gewerkschaftlichen Organisationen in einen Gegensatz zur politischen Arbeiterpartei zu bringen und so Zwist in die Reihen der Arbeiter zu tragen. Das gelang allerdings nicht, die damals in den von der Polizei gebildeten Fachvereinen befindlichen Arbeiter schlossen sich enger an die Partei an.

Auer erwähnt dann noch die Verhandlungen auf dem Kölner Parteitage, wo zum erstenmal Klagen gegen die Partei aus Gewerkschaftskreisen erhoben wurde und fährt dann fort:

„Mit dem Wachstum und der gewaltigen Ausdehnung der Gewerkschaften während der letzten geschäftlichen Blüteperiode haben sich für diese neue Freunde eingefunden, von deren Vorhandensein früher niemand eine Ahnung gehabt hatte. Diese neuen Freunde sind fast durchweg aus bürgerlichen Kreisen gekommen. Ihnen allen ist gemeinsam, daß, so warm auch ihre Herzen für die gewerkschaftliche Bethätigung der Arbeiter schlagen, sie doch Anstoß nehmen an der angeblichen Quasugehörigkeit der freien Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei. Diese Zugehörigkeit soll aufhören, die Gewerkschaften sollen sich auf neutralen Boden stellen, dann — so prophezeien sie — wird das goldene Zeitalter für die Gewerkschaften kommen. Das neue Schlagwort von der „Neutralität der Gewerkschaften“ hat merkwürdigerweise sowohl in Partei- wie in Gewerkschaftskreisen Anhänger gefunden. Meiner Ansicht nach sehr zu Unrecht. Soweit es sich darum handelt, daß der Eintritt in keine Gewerkschaft jedem Fachgenossen offen stehen müsse, ohne Rücksicht auf seine politische und religiöse Gesinnung, ist dieser Standpunkt von den freien Gewerkschaften von jeher festgehalten worden. In diesen Gewerkschaften hat es nie einen Revers gegeben, wonach irgend eine Meinung abgeschworen oder beschworen werden sollte. Schon ein einfacher Vergleich der Mitgliederlisten der sozialdemokratischen Parteivereine mit denen der Gewerkschaften würde ergeben, daß den letzteren zehn-, ja Hundert-

tausende von Arbeitern angehören, die nie Mitglied eines sozialdemokratischen Vereins gewesen sind. Man kann vom parteigenösslichen Standpunkte aus diese Thatsache bedauern, aber sie steht fest und beweist, wie falsch die Unterstellung ist, daß die freien Gewerkschaften Anhänger der sozialdemokratischen Partei seien. Neutral in dem Sinne, daß jedem Berufsgenossen der Eintritt offen stand, ohne daß er nach seinen politischen oder religiösen Ueberzeugungen auch nur gefragt wurde, sind, wie gesagt, die freien Gewerkschaften stets gewesen; und abgesehen von einigen Heißspornen, die aber nie maßgebenden Einfluß gewinnen konnten, hat auch niemand daran gedacht, diesen Charakter zu ändern. Wenn dabei die Gewerkschaften, soweit die politischen und beruflichen Interessen ihrer Mitglieder und deren Wahrnehmung im Parlament in Betracht kommen, sich in erster Linie und mit besonderem Vertrauen an die Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei wenden, so ergibt sich dies von selbst aus der Eigenschaft der letzteren als Vertreter der Arbeiterklasse. Arbeiter, die sich über ihre Interessen klar sind, können eben die Wahrnehmung derselben nicht in die Hände von Vertretern der Bourgeoisie legen.

Dieses natürliche Verhältnis zwischen den freien Gewerkschaften und der politischen Organisation der Arbeiterschaft ist es, was den bürgerlichen Neutralitätsschwärmern im Wege steht. Es hindert aber doch niemand die Vertreter der bürgerlichen Parteien in den Parlamenten, sich der Arbeiterinteressen in entschiedener Weise anzunehmen. Indes mit fast verschwindenden Ausnahmen hüten sich diese davor. Wohl aber möchten sie gern die Arbeiter als Wähler angeln. Und hier soll nun die Neutralitätslehre als Köder dienen. Neutralität der Gewerkschaften in diesem Sinne bedeutet aber nicht Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen von der politischen Partei — die besitzen die freien Gewerkschaften heute schon —; nein, diese Art Neutralität verfolgt den Zweck, das durch die Natur der Klassenzugehörigkeit gegebene Band der Solidarität zu zerreißen, die Arbeitergewerkschaften von der politischen Arbeiterpartei abzurücken. Um diese zu bewirken, dazu dient bald die eine Mäx, daß die politische Partei den Gewerkschaften nicht günstig sei, bald die andere, daß sie sich eine Art Bevormundung über dieselben anmaße.

Beiden Behauptungen widersprechen die Thatsachen. Aber der Zweck muß auch hier die Mittel heiligen. Wie wenig ernst es aber die Anhänger der Neutralität mit dieser ihrer Forderung nehmen, wenn sie durch die Fortlassung derselben ihre Zwecke besser zu erreichen glauben, das zeigte sich gelegentlich der Auseinandersetzungen aus Anlaß der Hamburger Accordmaurerfrage in eklatanter Weise. Wenn die Anhänger der Neutralität sich in diese Sache einmischen wollten, so konnte dies von ihrem Standpunkt aus konsequenterweise nur in der Richtung eines Einspruchs dagegen geschehen, daß man diese rein gewerkschaftliche Angelegenheit vor das Forum der Partei bringen wollte. Sie nahmen aber gerade die entgegengesetzte Haltung ein.

Die wahre Neutralität der Gewerkschaften, die sich in der Aufnahme aller Berufsgenossen zeigt, hindert diese nicht, mit anderen Organisationen, die ehrlich bestrebt sind, die Lage der Berufsgenossen zu heben, zu gemeinsamer Arbeit in Verbindung zu treten. Dieser Neutralität wird jeder Parteigenosse und Gewerkschafter zustimmen müssen. Den wirklichen gewerkschaftlichen Aufgaben wird jeder Parteigenosse seine Unterstützung angedeihen lassen müssen; nicht jeder Gewerkschafter aber braucht Sozialdemokrat zu sein.

Partei und Gewerkschaften haben sich bisher in ihren Kämpfen stets unterstützt und so lange der proletarische Klassenkampf nicht aus der Welt geschafft ist, wird es auch in Zukunft so bleiben müssen. Den Gewerkschaften aber den Rat geben, sich gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei zu neutralisieren, um dadurch bindnisfähig für jene bürgerlichen Elemente zu werden, die ein „warmes Herz“ für die „berechtigten“ Forderungen der Arbeiter haben, das heißt die Gewerkschaften auf Abwege führen, sie zur Verleugnung der Klassen-solidarität veranlassen.

Die Solidarität der Arbeiterinteressen muß aber den organisierten Arbeitern stets der Leitstern sein; nur durch

Die dürfen sie ihre Handlungen bestimmen lassen. So haben wir es bisher gehalten, so soll es auch in Zukunft bleiben!"

Deutscher Tabakverein und Hausindustrie.

In seinem Jahresrückblick hat der Deutsche Tabakverein, die Organisation der Unternehmer, auch den Erhebungen über die Hausarbeit in der Cigarrenindustrie gedacht und giebt darüber folgendes bekannt:

„Was die Frage der gesetzlichen Regelung der Hausindustrie in der Cigarrenfabrikation anbelangt, so hat gleich nach der Braunschweiger Hauptversammlung die von Vertretern der Reichsregierung dem Deutschen Tabakverein seiner Zeit zugefagte Vernehmung von Sachverständigen aus dem Unternehmer- und dem Arbeiterstande über die Grundzüge des zu entwerfenden Gesetzes stattgefunden. Der Deutsche Tabakverein war dabei durch mehrere Vorstandsmitglieder vertreten. In einzelnen Punkten, namentlich hinsichtlich der zu erlassenden Vorschriften über die Räume, in denen Hausarbeit in der Cigarrenfabrikation stattfinden dürfen, ist das Ergebnis der Vernehmungen über die Stellungnahme des Deutschen Tabakvereins hinausgegangen; doch ist zu hoffen, daß im weiteren Verlauf der Behandlung dieser Angelegenheit das Maß des ohne erhebliche Beeinträchtigung berechtigter wirtschaftlicher Interessen der beteiligten Arbeiterkreise Möglichen nicht überschritten werden wird. Eine Weiterverfolgung dieser Frage scheint übrigens so bald nicht zu erwarten zu sein, da wir zuverlässig wissen, daß man bei günstiger parlamentarischer Geschäftslage erst die Hausindustrie im allgemeinen gesetzlich regeln will, ehe man zu einer besonderen Regelung derselben für die gesundheitschädlichen Erwerbszweige kommt, zu denen leider das Tabakgewerbe nun einmal unberechtigterweise gerechnet wird.“

Ueber die „Vernehmung von Sachverständigen“ im Reichsamt des Innern haben wir eingehend berichtet und unsere Meinung über den Wert dieser Erhebung und das Resultat derselben geäußert. Aus dem Rückblick des Fabrikantenvereins interessiert uns nur, daß er eingesteht, die dürftigen Ergebnisse jener Konferenz über die Tabakindustrie gingen über das hinaus, was er, der Tabakverein, zur Regelung der Hausindustrie wünscht. Für uns ist das zwar nichts Neues, denn das wissen wir, daß der Fabrikantenbund die Hausindustrie aus gewinnfüchtigen Gründen nicht anrühren lassen will, aber das offene Eingeständnis ist für uns ebenso wertvoll, wie die unverborgene Freude darüber, daß eine „Weiterverfolgung“ der Frage der Hausarbeit „so bald nicht zu erwarten“ ist.

Wenn die Tabakarbeiter warten sollen, bis die Hausindustrie im allgemeinen geregelt ist, dann wird das Unheil der Hausarbeit in der Cigarrenindustrie jedenfalls erst noch solchen Schaden anrichten, daß überhaupt der Staat dann Anlaß hat, mit neuen Monopolplänen hervorzutreten. Wollen denn die Unternehmer gar nicht einsehen, daß sie mit der ausbeuterischen Hausarbeit auf den Ruin der Industrie hinarbeiten? Schreibt sich der Tabakverein als Unternehmerorganisation eine von uns gar nicht zu bestreitende Macht zu, so sollte er sie verständigerweise zum Schutze der Cigarrenindustrie gegen alle Schleuderkonkurrenz anwenden. Die Schleuderkonkurrenz stützt sich aber auf die Hausarbeit und fällt mit dieser zum großen Teil hinweg. Hic Rhodus, hic salta!

Freilich, wenn schon die Mindener Vorschläge als zu weitgehend befunden worden sind, kann man von den Dikteln der Unternehmerorganisation keine Reigen lesen wollen. Es bleibt also der Arbeiterorganisation vorbehalten, unentwegt auf die Beseitigung der Hausindustrie hinzuarbeiten.

Rundschau.

Zum Reichstag gelangte die Interpellation der sozialdemokratischen Partei, betreffend den durch die wirtschaftliche Krise hervorgerufenen Notstand, zur Verhandlung. Unsere Genossen haben angesichts der immer bedrohlicher in die Erscheinung tretenden Arbeitslosigkeit, namentlich in den großen Städten, an die Reichsregierung die Anfrage gerichtet, ob sie bereit ist, durch unverzügliche Gewährung ausreichender Mittel der Not so viel wie möglich zu steuern. Die Sozialdemokratie hat es als einzige Partei des deutschen Reichstags für ihre Pflicht gehalten, die ungesunden Verhältnisse, die zu der heutigen Notlage großer Arbeiterkreise geführt haben, in aller Ausführlichkeit und Gewissenhaftigkeit darzulegen und alles zur Besserung der gefährlichen Situation Mögliche anzubieten. Die etwa zweistündige Rede, mit der Abg. Zubeil die sozialdemokratische Interpellation begründete, gestaltete sich zu einer vernichtenden Anklage gegen die herrschende Gesellschaftsordnung und zu einer auf breiter Grundlage aufgebauten Schilderung unserer gesamten sozialpolitischen Zustände. Zubeil ging zurück auf die kritische Zeit von 1893 und geißelte in wirklicher Weise die offizielle Vertuschungs- und Beschönigungsmanier, die damals ebenso wohl wie heute gegenüber der offen zu Tage liegenden Mißstände beliebt wurde und die in der famosen Konferenz des Herrn v. Bötticher zu Halle a. S. ihren markantesten Ausdruck gefunden hat. Dieser unzulänglichen und furchtsamen Statistiker stellte er das Material gegenüber, das die Berliner Gewerkschaftskommission zu der Arbeitslosigkeit in Berlin geliefert hat. Und auch für den Notstand zahlreicher Beschäftigungsweige im ganzen Reiche bot Zubeil eine Reihe unwiderleglicher

Zeugnisse dar. Den ganz unzureichenden Versuchen einzelner Kommunen, die Arbeitslosen ihres Bezirks zu beschäftigen, stellte er ein umfassendes und gründlich durchdachtes Programm entgegen, dessen Durchführung von Reich, Bundesstaaten und Kommunen gemeinsam zu bewirken und sofort in Angriff zu nehmen wäre. Dann entwarf er über die momentansten Bedürfnisse hinaus ein Bild sozialpolitischer Forderungen, wie sie die Sozialdemokratie vertritt. Schaffung eines Arbeitsministeriums, eines Reichsarbeitsamtes, Errichtung von Arbeiterkammern, fortlaufende Arbeitslosenstatistik, Einführung des Maximalarbeitstages, Verbot der gewerblichen Arbeit von Kindern unter vierzehn Jahren — kurz, unser Genosse forderte den konsequenten Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung.

Die Antwort des Staatssekretärs für Sozialpolitik, des Grafen Posadowsky, entsprach dem, was man von diesem Vertreter eines theoretischen Wohlwollens für die Arbeiterchaft und eines langsamen sozialpolitischen Tempos erwarten konnte.

Die Rede zeigte, daß sich Graf Posadowsky fleißig mit der Materie beschäftigt hat, und auch das, worin er den sozialdemokratischen Anschauungen notgedrungen recht geben mußte, wies einen gewissen Fortschritt gegen früher auf. Der Staatssekretär hat sich von den verschiedenen Reichsressorts und den Einzelregierungen Berichte über die Arbeiterverhältnisse kommen lassen, die die Sachlage in sehr optimistischer Weise schildern. So hat der Berliner Polizeipräsident die Zahl der Arbeitslosen in Berlin, abgesehen von den Saisonarbeitern, auf 7500 angegeben! Schon vor längerer Zeit schätzte der Direktor der Versicherungsanstalt in Berlin, Freund, diese Zahl auf 40 000—50 000, während die Wirklichkeit noch weit höhere Ziffern liefern würde. Aber auch das, was die Berichte des Grafen Posadowsky zugeben, war immer schon bedenklich genug: in Bayern haben erhebliche Arbeiterentlassungen stattgefunden, in vielen Bezirken sind die Löhne bis zu 20 Proz. gesunken u. s. w. Was die Post-, die Marine- und die Reichseisenbahnverwaltung dagegen angeordnet haben, bedeutet nicht mehr als Tropfen auf einen heißen Stein. Geradezu komisch ist der Versuch, Herrn v. Thielens als Sozialreformer zu preisen. Für eine staatliche Reichseisenbahnverwaltung dagegen angeordnet haben, Sympathie. Er überläßt alles den Kommunen und den Gewerkschaften. Interessant war seine Erklärung, daß jede Beschränkung der Freizügigkeit außer aller Möglichkeit stehe.

Selbst dem Centrum-Sozialpolitiker Dr. Hise, der die volkfreundliche Gesinnung des Centrum in allen Farben spielen ließ, waren die Anschauungen des Staatssekretärs zu optimistisch. Nach einer tüchtigen Rede des freisinnigen Abg. Gothein, der die Krisis besonders im Zusammenhang mit der Zollpolitik der Regierung besprach, schloß der erste Tag der Beratung.

Am zweiten Tag sprachen nur Redner der bürgerlichen Parteien, die alle der Ratlosigkeit kapitalistischen Schuldbewußtseins Ausdruck gaben. Am Montag wurde die Debatte fortgesetzt, über die wir abschließend in nächster Nummer berichten werden.

Ueber den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die gewerbliche Kinderarbeit, wird folgendes vom General-Anzeiger für Hamburg-Altona mitgeteilt:

„Der jetzt im Bundesrat eingebrachte Gesetzentwurf zur Regelung der gewerblichen Kinderarbeit bezieht sich nicht auf die Fabrikthätigkeit, sondern auf die Gewerbebetriebe, namentlich auf die Hausindustrie. Hier ist nach den letzten Erhebungen eine halbe Million Kinder unter 14 Jahren (532 283) beschäftigt. Nach den neuen Bestimmungen, die sich an die im § 135 Absatz 1 der Reichsgewerbeordnung bezüglich der Beschäftigung von Kindern in Fabriken getroffenen Bestimmungen anlehnen und sich nur auf solche Kinder beziehen sollen, die noch zum Besuch der Volksschule verpflichtet oder wegen ihres jugendlichen Alters noch nicht schulpflichtig sind, soll die Beschäftigung fremder Kinder, abgesehen vom Austragen von Waren sowie als Laufbursche oder Laufmädchen, verboten sein: bei Bauten aller Art sowie im Betriebe der Ziegeleien und über Tage betriebenen Brüche und Gruben, ferner bei einer großen Reihe von Werkstätten, in denen gesundheitlich schädliche Stein- und Metallarbeiten verfertigt werden, sowie in Werkstätten der Spielwaren aus Gummi, in Buchdruckereien u. s. w. In den anderen Werkstätten soll die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren verboten und für Kinder von 12 bis 14 Jahren der Regel nach auf die tägliche Höchstdauer von vier Stunden zwischen 8 Uhr morgens und 8 Uhr abends beschränkt werden. Dieselben Vorschriften sollen für das Handels- und Verkehrsgewerbe sowie für öffentliche Theateraufführungen und Schaustellungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft nicht obwaltet, gelten. Für Gast- und Schankwirtschaften soll die Verwendung schulpflichtiger Mädchen ganz unterbietet, für Knaben so, wie oben angegeben, gehalten werden. Gewisse Ausnahmen sollen zugelassen werden. Für die Beschäftigung beim Austragen sowie als Laufbursche oder Laufmädchen soll, da es sich im allgemeinen um leichtere Arbeiten handelt, die Altersgrenze auf das zehnte Lebensjahr festgesetzt werden.“

Was die Beschäftigung eigener Kinder anlangt, so soll deren Verwendung in allen den Betrieben verboten sein, in denen auch fremde Kinder nicht verwendet werden dürfen. Im Handels- und Verkehrsgewerbe sowie bei Theateraufführungen und Schaustellungen ohne höheres Interesse der Kunst und Wissenschaft dürfen auch eigene Kinder unter zehn Jahren überhaupt nicht, eigene Kinder über zehn Jahre, die noch zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind, nur zwischen 8 Uhr morgens und 8 Uhr abends höchstens

vier Stunden täglich beschäftigt werden. Die Regelung der Beschäftigung eigener Kinder in Gast- und Schankwirtschaften soll den Ortspolizeibehörden überlassen bleiben, desgleichen der Austrage- und Laufdienst eigener Kinder.“

Durch Beschluß des Bundesrats resp. durch Anordnung der Landescentralbehörden oder der zuständigen Verwaltungsbehörden soll die Beschäftigung von Kindern, die noch zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind, abweichend von den erlassenen Bestimmungen, noch weiter eingeschränkt werden können, auch für bestimmte Bezirke sowie für bestimmte Gewerbe-zweige.

Arbeitslosenversammlungen. Zu einer nachdrücklichen Kundgebung der Arbeitslosen gestaltete sich eine Arbeitslosenversammlung, die am Donnerstag im Felsenkeller zu Leipzig-Plagwitz abgehalten wurde. Der Besuch war weit stärker als in der Versammlung im November, die Polizei verfügte einige Wortentziehungen, sonst kamen Zwischenfälle nicht vor. Durch eine Resolution erhob die Versammlung Einspruch gegen die Art der Behandlung der Arbeitslosenfrage durch die Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums.

Einen Beweis von der Größe der Arbeitslosigkeit in Nürnberg lieferte eine dort abgehaltene Arbeitslosenversammlung. Zur gewaltigen Demonstration gegen Hunger und Arbeitslosigkeit, die unzertrennlichen Folgen der kapitalistischen Ausbeutung, wie gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem selbst, wurde die in den Centralhallen abgehaltene Arbeitslosenversammlung. Die großen zusammenhängenden Säle waren bis auf das letzte Plätzchen von Arbeitslosen besetzt. Wir greifen eher zu niedrig als zu hoch, wenn wir die Zahl der Teilnehmer auf mindestens 3000 Arbeitslose schätzen; Hunderte mußten wieder umkehren, weil sie keinen Platz mehr finden konnten. In atemloser Spannung lauschten alle den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten, Genossen Dr. Südekum, der ebenso sachlich wie scharf mit der Gleichgültigkeit der herrschenden Klassen, insbesondere der Nürnberger Stadtverwaltung, ins Gericht ging. Eine entsprechende Resolution wurde angenommen. Nach Schluß der Versammlung zogen an die 2000 Mann am Rathaus vorbei, ruhig und gemessen. Kein Ruf wurde laut; eine stille, aber um so eindrucksvollere Demonstration. Ob der Magistrat, die Behörden davon lernen werden?

Das Verlangen der Polizeibehörde in Apenrade, welche beklammelt von den Gewerkschaften ungeseklicher Weise die Ausschließung der Ausländer forderte, hat noch zu einem merkwürdigen Nachspiel innerhalb der Gewerkschaften selbst geführt. Die Centralvorstände der Maurer und Hilfsarbeiter hatten nämlich ihren Zahlstellen in Apenrade den Rat erteilt, die Ausländer sollten vorläufig aus dem Verbandsausschüssen. Die Maurer folgten diesem Rats und zwei Ausländer mußten dem Vorstandsbeschlusse entsprechen. Dieser Tage beschäftigte sich nun das Gewerkschaftsamt in Apenrade mit der Angelegenheit. Das Vorgehen beider Verbandsvorstände wurde einer scharfen Kritik unterzogen und beschlossen, im „Correspondenzblatt der Gewerkschaften“ zu der Sache Stellung zu nehmen. — Wegen der schlechten Arbeitsgelegenheit in Apenrade sollen gleichzeitig die dänischen Bauarbeiter in ihrer Fach- und Parteipresse vor Zugung nach Apenrade gewarnt werden.

Gewerkschaftliches.

Hildorf. Zugang nach Hildorf ist streng fernzuhalten, da hier Differenzen bestehen. Auch werden die reisenden Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß hier keine Reiseunterstützung mehr ausbezahlt wird.

Berlin. Achtung! Cigarrensortierer und Sortiererinnen wollen sich vor Annahme von Arbeit in Berlin an Kollegen Albert Werner, Berlin N. 58, Dresdowstraße 46, Hof links wenden.

Zu Gilden bei Düsseldorf bestehen in der Fabrik von Heinrich Hartmann Differenzen. Zugang ist fernzuhalten. Herr Hartmann hat sämtliche bei ihm beschäftigt gewesene Kollegen gemahregelt.

Köln. Zugang nach Köln ist fernzuhalten, da hier das Bestreben besteht, auf jegliche Art die unbequemen Mitglieder des Verbandes los zu werden.

Münchehof am Harz. Wegen Aussperrung sämtlicher Cigarrenarbeiter der Firma Arnold Erdbrink u. Meyer ist der Zugang nach Harzeshausen und Münchehof fernzuhalten.

Dröy. Die Kollegen wollen beachten, daß bei der Firma Adolf Tendinger Lohndifferenzen bestehen.

Achtung! Alle diejenigen Kollegen, welche hier in Hadersleben oder Reidsburg in Arbeit treten, wollen sich in ihrem eigenen Interesse erst an den Vorstand hier in Hadersleben wenden. Schriftliche Anfragen werden gleich beantwortet. Johannes Hecken, Tabakspinner, Schlachterstraße Nr. 651, Hadersleben.

Schweinitz i. S. In der Fabrik von Die wurden pro Mille 50 Pfg. bis 2 Mk. Lohn abgezogen und das Verlangen gestellt, aus dem Verband auszutreten. Zugang ist darum fernzuhalten.

Schmölln. Da neuerdings wieder Differenzen ausgebrochen sind, ist der Zugang fernzuhalten.

Stör i. Romm. Ueber die Fabrik von R. Reißmann ist die Sperrverhängt, weil Lohndifferenzen bestehen. Die reisenden Kollegen werden darauf besonders aufmerksam gemacht.

Stettin. Der Zugang nach Stettin ist streng fern zu halten, wegen Lohndifferenzen. Die Bevollmächtigten werden ersucht, wenn Arbeitsgesuche von Stettin einlaufen, dieselben unberücksichtigt zu lassen, und die Herberge in Kenntnis zu setzen, damit die Arbeitsgesuche dort nicht aufgelegt werden.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

Templin. Die Kollegen werden ersucht, den Zugang nach hier fernzuhalten, da die Firma Wüstenberg ein Verbandsmitglied maßregelt.

J. A.: Der Bevollmächtigte von Prenzlau.

Ueber die Stärke der Leipziger Gewerkschaften am Ende des Jahres 1901 hat der Vorstand des Gewerkschaftsartells eine Zusammenstellung veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß die Gewerkschaften in der Zahl ihrer Mitglieder gegenüber dem Vorjahre einen bedeutenden Rückgang zu verzeichnen haben. Während Ende des Jahres 1900 25 718 Mitglieder vorhanden waren, ist Ende des letzten Jahres diese Zahl auf 23 913 gesunken, das sind 1805 Mitglieder weniger. 26 Gewerkschaften haben einen Verlust, 19 Gewerkschaften eine Zunahme an Mitgliedern aufzuweisen. Von den 58 Gewerkschaften Leipzigs sind 54 dem Gewerkschaftsartell angeschlossen, während die Verbandsbuchdrucker, Lithographen und Steindruckere, Metall-

Arbeiter und die Notenfischer mit zusammen 7000 Mitgliedern dem Kartell nicht angehören. Weibliche Mitglieder wurden 1272 ermittelt.

Subvention für die Gewerkschaften. Im Hinblick auf die starke Inanspruchnahme der Gewerkschaften durch die Arbeitslosenunterstützung, hatten wir seiner Zeit den Vorschlag gemacht, die Gemeinde möge Subventionen an die Gewerkschaften gewähren, um diesen die Lasten bei der gegenwärtig großen Arbeitslosigkeit zu erleichtern. Unser Vorschlag hat in der bürgerlichen Presse viel Angriffe erfahren, ohne daß wir von Unrechtmäßigkeit unseres Verlangens überzeugt wären. Wenn andere Korporationen oft zu viel weniger nötigen Aufgaben Unterstüttung erhalten, dann wäre das Verlangen der Gewerkschaften gewiß nicht unbillig zu nennen.

Nach im Auslande sind unsere Parteigenossen zu gleichen Anforderungen gekommen. Dr. Adler stellte im österr. Reichsrath Landtag bei Besprechung des Notstandes in Wien folgenden Antrag:

„Der Landtag wolle beschließen: Dem Landesauschuß wird ein Kredit von 50 000 Kronen eingeräumt mit dem Auftrage, aus diesem Kredit den Gewerkschaften und Fachvereinen der Arbeiter in Wien und Niederösterreich zu dem Zwecke Subventionen zu gewähren, um ihnen zu ermöglichen, jenen arbeitslosen Mitgliedern, die die ihnen statutenmäßig gebührende Arbeitslosenunterstützung bereits in Anspruch genommen haben, weitere Zuschüsse zu gewähren. Diese Subventionen sind auf jedesmaliges Einschreiten der Vereine zu gewähren und von den Vereinen detaillierte Berichte über die Verwendung der Summen zu verlangen.“

Natürlich wurde der Vorschlag von den Christlichsozialen niedergebührt und nicht einmal zur Abstimmung zugelassen. Wie schon berichtet, haben sich auch unsere dänischen Parteigenossen neben einigen anderen Forderungen zu einem ähnlichen Antrage entschlossen.

Zweiter ungarländischer Gewerkschaftskongress. Die ungarländischen Gewerkschaften hielten während der Weihnachtstage ihren zweiten Kongress im großen Saale des alten Stadthauses in Budapest ab. Der Kongress war sehr stark besucht. Aus Budapest waren 41 Vereine mit 76 Delegierten, aus der Provinz 39 Vereine mit 65 Delegierten vertreten. Nachdem am ersten Tage, vormittags den 25. d. M., die Arbeitergesangvereine mehrere Chöre zu Gehör gebracht hatten, wurde das Präsidium gewählt. Jakob Welter begrüßte den Kongress im Namen der sozialdemokratischen Partei und legt dar, daß diese Partei zwar andere Wege wandle als der Gewerkschaftsrat, jedoch dem gleichen Ziele zutrebe: der Befreiung der Arbeiterklasse. Genosse Teszarsz unterbreitete den Bericht des Exekutivkomitees für die Fachorganisationen und den letzten Bericht des früheren Kongresses. Demzufolge zählten 49 Vereine, die ihren Bericht einsandten, im Jahre 1899 6892 Mitglieder, im Jahre 1900 bereits 8222 Mitglieder. Unter den Fachvereinen ist der größte der der Budapester Buchdrucker, der allein 279 Mitglieder zählt. Weiter erwähnt der Bericht, daß die Zahl der Arbeiter in Budapest seit vorigem Jahre um 40 Prozent abgenommen, die Zahl der Mitglieder der Fachvereine sich aber trotzdem gehoben hat. In 19 Streiks hat das Exekutivkomitee mit 14 117 Kronen eingegriffen, welchen Betrag die Fachvereine als Unterstützung gewährten. Den weiteren Berichten der Delegierten ist zu entnehmen, daß die Organisationen im Lande größere Fortschritte machen. Alle klagten über die schlechten Lohnverhältnisse im ganzen Lande. — Am zweiten Tage präsidierten Seidner und Klein (Naschau) als Schriftführer fungierte Füldp (Miskolc). Referent Genosse Sraecl erwähnte die ungarländischen Arbeiterschutzgesetze und betonte, die ungarische Gesetzgebung verhalte sich zu diesem Punkte ablehnend; man müsse an die Regierung mit aller Entschiedenheit die Forderung nach einem besseren Gesetze stellen. Auch wegen der Löhne sei noch viel zu thun. Die Organisationen müssen an deren Hebung fleißig arbeiten. Nachdem die gestellten Anträge angenommen waren, wurde Punkt 4: Krankenversicherung, verhandelt. Referent Genosse Teszarsz schlug eine Resolution vor, in der es heißt: Der Kongress fordert die obligatorische staatliche Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung ohne materielle Belastung des Arbeiters mit allem Nachdruck. Die Resolution wurde einstimmig ohne Debatte angenommen. Sodann wurden die Mitglieder des Landes-Gewerkschaftsverbandes gewählt und wurden K. Teszarsz, J. Sraecl, A. Drakozsky, J. Seidner, J. Wichnovsky, Kitayka, Am, Bancsak, Lutai und Bogolyn gewählt. Am dritten Tage wurde die Verhandlung weiter geführt. Man beschäftigte sich namentlich mit der Stellungnahme zu den ausländischen Verbänden. Genosse Grossmann ergriff das Wort, um wegen der Ausweisungsgeschichte des Abg. Cabrini zu sprechen, dies wurde aber von dem anwesenden Polizeikommissar verboten. Grossmann verlangte von den Anwesenden, daß sie mit allem Nachdruck gegen die Willfür der Polizei protestieren. Der Kongress acceptierte den bezüglichen Antrag Grossmanns einstimmig. Nachdem noch einige Redner gesprochen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und unter Absingen der Marschallaise geschlossen.

Berichte.

Bünde. Der Wiener Zeitung wird geschrieben: „Die hiesige Cigarrenindustrie, welche seit einem halben Jahrhundert hier Fuß gefaßt hat und welche von diesem Centrum aus in die Landgemeinden als Pionier eines allgemeinen Wohlstandes (?) vordrang, wurde trotzdem von einigen landwirtschaftlichen Kreisen mit scheelen Augen beobachtet. Sie sollte die landwirtschaftlichen Löhne verteuern. Daß die Löhne aber überall in Nord und Süd unseres Vaterlandes gestiegen sind, daß sie bei uns durchaus nicht höher sind, sondern noch unter dem Mittel der sonst gezahlten Beträge sind, ließ man außer acht. Zum großen Teil sind auch die Cigarrenarbeiter keine Colone, mit ihren Kindern, die auf der heimischen Scholle ohne die Industrie nicht leben könnten. Das Emporblühen der Dörfer in der Umgebung von Bünde ist lediglich auf das Konto der Cigarrenindustrie zu setzen. Wäher waren nun Stadt und Land unter der gemeinsamen Verwaltung eines Amtmanns. Das Anwachsen der Bevölkerung veranlaßte schon vor einigen Jahren die Abtrennung des Amtes Ködörghausen. Und heute erwägt man die Frage, ob nicht der Zeitpunkt geeignet sei, die Verwaltung zu ändern und Bünde in städtische Verwaltung zu nehmen. Nachdem die Majorität der Stadtverordneten sich für eine städtische Verwaltung entschieden hat, gelangte die Angelegenheit vor den Kreisauschuß, der zu der Ausgebildung seine Zustimmung gab, jedoch so weitgehende Zugehörigkeiten von den städtischen Vertretern verlangte, daß eine Zustimmung einer schweren Schädigung der Stadt gleichkommen würde. Inwiefern diese Körperlichkeit rechtlich zu dieser Stellungnahme befugt ist, soll hier nicht erörtert werden. Hinzuweisen

wollen wir nur, daß aus industriellen Kreisen als Gegenmaßregel auf eine Konzentrierung der Betriebe in Bünde hingearbeitet werden wird, woran die Freunde der jetzigen scharf gestellten Bedingungen gewiß kaum gedacht haben werden. Das Einziehen der Filialen auf diesen Dörfern würde namentlich zahlreiche Colone und Arbeiter schwer treffen. Bei dem augenblicklichen flauen Geschäftsgange dürfte sich die Umschreibung für die Arbeitgeber ohne Schwierigkeit vollziehen. Wenn man sich daher heizt, ehe man zu einer Kampftellung zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft übergeht.“

Wenn unter der Konzentrierung der Betriebe in Bünde die Befreiung der Hausindustrie zu verstehen wäre, könnten wir das nur begrüßen. Aber daran zweifeln wir stark.

Kinderwache. Ich kann nicht umhin, einiges auf das zu erwidern, was in Nr. 1 des Tabak-Arbeiters aus der Süddeutschen Tabakzeitung über die hiesigen Gewerkschaften veröffentlichte Entnommen war. Es ist ja sehr ideal, wenn sich die Arbeiter des hiesigen Gewerkschafts der Tabakarbeiter mit der herausgesprochenen Kritik beschäftigen, aber ob der langandauernde Streik diese verursacht hat, ist doch wohl eine Frage. Kann es der Gewerkschaft nicht fassen, daß sie die Folge der heutigen kapitalistischen Produktionsweise ist, unter welcher in Zeiten guter Konjunktur die Unternehmer immer drauflos arbeiten lassen, und daß diese verkehrte Wirtschaftsweise niemals anders enden kann? Tatsache ist, daß die Arbeitslage hier eine etwas flauere ist. Trotzdem ist vor den Feiertagen auf etlichen Fabriken länger gearbeitet worden, weil bis zu dieser Zeit keine Cigarren auf Lager waren, wohl gemerkt, bloß in etlichen Fabriken. Es wird ja auf mehreren Fabriken von Beginn des Tageslichts bis abends um 6, bei den meisten aber bis um 7 Uhr gearbeitet. Der Zweck des betr. Artikels scheint aber der zu sein, die große Masse der organisierten Tabakarbeiter für die Folgen verantwortlich zu machen und sozusagen einen Keil in unsere Organisation am Orte treiben zu wollen. Das wird aber durch solche Manipulationen sicherlich gelingen. Es sieht bald aus, als wenn der Gewerkschaftsverein sich als der alleinige Verfechter der Arbeiterinteressen aufspielen wollte. Das ist verfehlt. Zum Schluß möchten wir noch die Frage aufwerfen, ob, wenn wir die 19 Wochen gearbeitet hätten, unsere Lage nicht eine viel unerfreulichere wäre?

Münchhof. Der Stand unseres Ausstandes ist der gleiche, weshalb wir die Kollegen allerwärts um weitere Unterstützung bitten.

Nordhausen. Einige Nachspiele zum Kampf in Nordhausen fanden vor dem hiesigen Schöffengericht in verflorener Woche ihre Erledigung. Fabrikant G. Hanewader wurde wegen Beleidigung des Fabrikanten O. Kruse zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. Vor Gericht wurde der Beweis erbracht, daß Herr Hanewader im Gespräch mit Arbeitern in seiner Fabrik den Fabrikanten O. Kruse beschimpft hatte. Letzterer war bekanntlich der erste Fabrikant (Zuhaber der Firmen Grimm u. Triebel, Henkel und Schumann), welcher den Schiedsspruch anerkannte und Frieden schloß, während Hanewader alle Geheiß in Bewegung gesetzt hat, um die Arbeiter niedertzuzwingen. Die Verhandlung warf ein Streiflicht auf die Entstehung und den Verlauf des Kampfes, sowie auf die Stellung des Fabrikantenbundes. Zunächst hat sich zur Evidenz erwiesen, daß Hanewader der Vater des Anhebelerverweises war. Nachdem in seiner Fabrik die Differenzen ausgebrochen waren, legte er dem Fabrikantenbund den berüchtigten Revers vor und, seine ganze Autorität ausspielend, brachte er den Revers unter Widerspruch zur Annahme. Herr Kruse war nicht, wie er befand, damit einverstanden. Die nunmehr von den Kollegen und Kolleginnen verlangte Unterwerfung unter den Hanewaderischen Revers war dann die Probierung des langwierigen Kampfes. Im weiteren führte Fabrikant Kruse vor Gericht aus, daß Hanewader bereits im Jahre 1890 (anlässlich der ebenfalls durch Hanewaderische Differenzen veranlassten, von den Fabrikanten vorgenommenen Absperrung) es verstanden habe, ihn zu schädigen. Hanewader hat damals gegen die von den Fabrikanten getroffene Vereinbarung, die beschloffen hatten, keinen Arbeiter einzustellen, verstoßen, indem er eine ganze Anzahl Arbeiter, besonders viel Mädchen, einstellte und so seine Produktion besser aufrecht erhielt, als die übrigen. Durch diese Handlungen hat Herr Kruse, wie er auslegte, an Rundschaft verloren. Soweit die Thatsachen vor Gericht.

In einer weiteren Verhandlung wurde Kollege Abel zu 100 Mk. wegen Beleidigung des Fabrikanten Hanewader, der er sich in Solingen in einer Versammlung schuldig gemacht haben soll, verurteilt.

Vereinsteil. Central-Kranken- und Sterbefasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokale: Hamburg-Altenhorst, Neuhofstr. 5, I. Ausschuß: O. Sidow, Brandenburg a. S., Linienstraße 30. Schiedsgericht: H. Janisch, Dresden-N., Königsbrüder Str. 41, IV.

Folgende Beträge sind bei der Hauptkasse eingegangen: Korbach 70 Mk., Burgstufurt 100 Mk., Hohenheim 300 Mk., Leisnig 50 Mk., Calmbach 80 Mk. Summa: 600 Mk.

Zuschüsse an die Ortsverwaltungen: Kassel 200 Mk., Meissen 100 Mk., Berlin I 400 Mk. Summa: 700 Mk.

Sterbefasse: Meissen 200 Mk.

Durch die Hauptkasse erhielten Krankengeld: A. Schneider in Zitterbog 22.20 Mk., G. Pappoin in Edenkoben 11.10 Mk., E. Tournon in Bellen 8.10 Mk., G. Bönia in Mügeln (Kurkosten) 58.05 Mk., D. Ehrhardt in Goldbach 11.10 Mk., F. Ewig in Osterburkla (Kurkosten) 43.25 Mk., F. Müller in Bretten 11.10 Mk., W. Zahl in Roda 15 Mk., A. Jähres in Al.-Luhem 11.10 Mk., C. Sälhoff in Stavenhagen 22.20 Mk., Juliane Schwazka in Wiesa 6.60 Mk., F. Müller in Bockum 22.20 Mk., Frau Schuler in Harpersdorf 6.60 Mk. Summa: 248.60 Mk. Hamburg, den 20. Januar 1902. B. Otto.

Da seitens vieler Ortsverwaltungen bezüglich der Einlösung der Quartalsabrechnungen von der schon früher ergangenen Bekanntmachung kein Gebrauch gemacht wird, sei hierdurch nochmals darauf hingewiesen, daß die Abrechnung nebst Belege unter Kreuzband mit der Bezeichnung Geschäftspapier für nachstehendes Porto versandt werden können: Bis 1/2 Kilogramm 10 Pfg., bis 1 Kilogramm 20 Pfg., bis 2 Kilogramm 30 Pfg. Korrespondenzen dürfen jedoch nicht beigelegt werden.

Beigetreten sind: In Ahim: D. Urndt und H. Ravens aus Ahim, Adr.: G. Weber, Mühlstr. 27. Dresden: F. A. Böhme aus Cornitz, Adr.: R. Richter, Helgolandsstr. 3, II. Oebingen: F. Rabe, H. Weber, J. Grewe, Sophie Weker, Elfab. Frank, Elisabeth Niemann aus Oebingen, Theresie Fehling aus Bernede und J. Schulze aus Hurbeske. Adr.: Adolf Weber. Ogersheim: Eva Kesselring aus Sedenheim. Adr.: G. Mary. Otzenhausen: G. Cederholm aus Ströb, Adr.: E. Eilken, Lagerstr. 11a. Pflühheim: Jof. Kern aus Pflühheim (s. N.). Adr.: Jof. Böfel. Würzburg: Magd. Kraus aus Wömbriß. Adr.: Jof. Bauer, Fleischertrichplatz 11. Hamburg, den 20. Januar 1902. S. Lem.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deidmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.

Bekanntmachung. Nach § 8 gestrichen: Joh. Gamson aus Gohy, Buch Ser. II, 10 695. Das auf den Namen Ernst Münzenmayer aus Böckingen lautende Buch Ser. II, 32935, ist als verloren gemeldet, im Verzeigungsfall zu konfiszieren und an uns einzuliefern. Bremen. Der Vorstand.

Vom 14. bis 20. Januar 1902 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

Table with 2 columns: Name, Amount. Includes sub-sections A. Verbandsbeiträge and B. Freiwillige Beiträge.

Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse des Deutschen Tabakarbeiter-Verbands. (Stiz Bremen.)

Table with 2 columns: Description, Amount. Includes sub-sections for October, November, and December, with further breakdowns for Receipts and Expenditures.

Vom Vorstande sind ernannt: Für Insubad: Friedrich Graf als 2. Bev. Für Barmbeck: G. Behrmann als 1. Bev., W. Compant als 2. Bev., M. Henning als 3. Bev.; R. Otto, S. Lenz, C. Horn als Kontrolleure.

Für **Denzlingen**: Adolf Ries als 1. Bev., Hans Hediger als 2. Bev., Konr. Kaiser als 3. Bev.; Marie Deiß, Theresia Reich als Kontrollleurinnen.
Für **Faßfeld**: Herm. Gaaje als 3. Bev.
Für **Heilbronn**: Joh. Hammer als 1. Bev., Karl Meißner als 2. Bev., Friedrich Kern als 3. Bev.; Ernst Broß, Max Bolz, Karl Vogelmann als Kontrollleur.
Für **Iphoe**: Gust. Könnfeldt als 1. Bev., Karl Binder als 2. Bev., Franz Viertel als 3. Bev.; Hauschild, Linow als Kontroll.
Für **Johanngeorgenstadt**: Anton Reich als 1. Bev., Georg Damm als 2. Bev., Herm. Schreyer als 3. Bev.; Rob. Engelhardt, Emil Meißel, Mich. Wändel als Kontrollleur.
Für **Klein-Bröhnbach**: Adam Jof. Daus als 1. Bev., Kilian Jof. Schwab als 2. Bev., Peter Emil Hellmann als 3. Bev.; Adam Aug. Krammig, Joh. Jof. Sturm als Kontrollleur.
Für **Neumünster**: Gust. Wendt als Kontrollleur.
Für **Oggersheim**: Gottl. Mary als 1. Bev., Jof. Schmitt als 2. Bev., Johs. Neiter als 3. Bev.; Fr. Jof. Wenz, Joh. Rothacker, Val. Rothnagel als Kontrollleur.
Für **Trebbin**: Rich. Lehmann als 3. Bev.; Emilie Knorr, Frieda Kühne als Kontrollleurinnen.

Provisorisch aufgenommen sind:
Elisabeth Maruhn, Minna Borkowski aus Elbing, Matthias Vog aus Neustadt. (173)
Anna Müller aus Bertholz, Marie Schulz aus Schwedt. (335)
Kurt Henze aus Sondershausen. (356)
Ernst Schuppert aus Wusterhausen a. D. (182)
Anna Nemenichneider geb. Bauerdorf aus Münchehof. (466)
Friedrich Göbe aus Barel, Wilh. Kraß aus Salungen. (316)
Arthur Sauerbier aus Nordhausen a. H. (7)
Gust. Gräber aus Frankfurt a. O. (j. R.). (101)
Wilh. Gottl. Aldinger aus Fellbach, Pauline Geiger aus Brödingen. (198)
Magdalene Keller geb. Schmidt aus Denzlingen, Heinn. Kost aus St. Georgen, Marie Deiß aus Markt, Jof. Benz aus Heiligenzell, Jof. Thomas Sailer aus Zähringen, Adolf Winterer aus Ketzingen, H. Hediger aus Reinach, Karl Bignals aus Ketzingen, Kath. Strohn aus Denzlingen, Seline Hinnen aus Wirsfelben, Heinn. Reichert aus Freiburg, Jof. Berger aus Langtau, Marie Butsch geb. Däniger aus Ringsheim. (313)
Johs. Hesser aus Hochdorf, Eva Kesselbring aus Sogenheim, Johs. Huber aus Oggersheim. (257)
Dito Vertram aus Altona. (294)
Rosa Dertel aus Leipzig. (201)
Karl Nädly aus Ronneburg, Emilie Rosenheim aus Pölsig (j. R.). (296)
Gerb. Brodmann (j. R.), Frau Brodmann aus Lippstadt (j. R.). (197)
Franziska Behrens geb. Schulze aus Halberstadt (j. R.), Frome aus Heitnabe. (42)
Elise Albrecht aus Heidingfeld, Eva Weisenjaal aus Karlsruh, Kornelius Sichter aus Högberg. (377)
Heinn. Kühle aus Gr.-Rhöden. (17)
Dito Schulze aus Löwendorf, Arthur Barttig aus Berlin. (346)
Ferd. Krüger aus Stargard i. Pr. (j. R.). (202)
Eduard Alfred Diege aus Gildengossa bei Leipzig. (201)
Ewaige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.

Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:
In **Ansbach**: Bei Friedrich Graf, Schwanengasse A 317. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12-2 Uhr mittags. - Rufenslassen von der Fabrik ist unterlagt.
In **Leipzig**: Sonnabend den 1. Februar abends 8 1/2 Uhr im Römischen Hof. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1901. 2. Wahl des Vertrauensmannes. 3. Aufstellung von Kandidaten zur Vertreterversammlung zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse. 4. Verschiedenes.
In **Potsdam**: Sonnabend den 1. Februar abends 9 Uhr in Glatzer Restaurant. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1901. 2. Verschiedenes.
In **Geldern**: Sonntag den 2. Februar vormittags 11 Uhr bei Tenhof. Tagesordnung: 1. Neuwahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten. 2. Vereinsangelegenheiten. Alle Mitglieder von hier und Ifsum werden ersucht, zu erscheinen.
In **Hürnbere**: Sonntag den 2. Februar nachmittags 3 Uhr in der blauen Glocke, bei Amtmann, Mägdelborfer Straße. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollleur. 3. Verschiedenes.
In **Leuzn**: Sonntag den 2. Februar nachmittags 2 Uhr im Lokale des Herrn Georg Lübke, Breitestraße. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl des in Vorschlag zu bringenden 1. Bevollmächtigten. 3. Verschiedenes.
In **Sera**: Sonnabend den 8. Februar abends 8 1/2 Uhr in der Löwenburg. Tagesordnung: 1. Wahl des in Vorschlag zu bringenden 1. Bevollmächtigten. 2. Verschiedenes.
In **Berlin**: Mittwoch den 9. Februar abends 8 1/2 Uhr bei Feind, Weinstr. 11. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1901. 2. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen, damit ein rechtzeitiger Schluß eintreten kann.
Herberge und Arbeitsnachweis Weinstrasse 11 bei Feind. Sprechstunden Wochentags von 10-11 Uhr vormittags und 5-6 Uhr abends. Reiseunterstützung bei Julius Rabe, N., Diederhofener Straße 8, Seitenflügel, 4 Treppen rechts. Wochentags von 9-12 Uhr vormittags und 2-6 Uhr nachmittags. Sonn- und Festtags von 10-12 Uhr mittags. Beiträge werden entgegengenommen Montags von 7-9 1/2 Uhr abends Ruppiner Straße 42 (Ecke Schönhoferstraße) und Waldstr. 11. An- und Abmeldungen nur bei J. Rabe in der Wohnung oder Sonnabends bei Feind.
Da am 26. Januar die Abrechnung fertiggestellt wird, wollen die Mitglieder bis dahin die restierenden Beiträge begleichen.
Den reisenden Mitgliedern zur Nachricht, daß sich unsere Herberge bei Frau Walter, Bachgasse 18, befindet.
Die Mitglieder werden aufgefordert, ihre Beiträge bis spätestens Sonntag den 2. Februar zwecks Abrechnung zu bezahlen. Bei Nichtbefolgung muß § 8 in Anwendung gebracht werden. Den auswärtigen Mitgliedern gilt dasselbe. Beiträge sind zu senden an Paul Brüser, Hospitalstraße 3.
Süddeutsche Tabakzeitung, Mannheim. Deutsche Tabakzeitung, Berlin.
Das bräutliche uns einen Prozeß ein und das ist die Sache nicht wert.
Ja, das G. D. muß auf sechs Wochen gezahlt werden. 2. Jawohl, wenn der Angestellte auf solche Bedingungen eingiht.

Tabakarbeiter-Genossenschaft Ronneburg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Montag den 3. Februar 1902 abends 8 1/2 Uhr präcise und am Dienstag den 4. Februar abends 8 1/2 Uhr präcise
Außerordentliche General-Versammlung
in Aug. Riecks Klub- u. Ballhaus, Altona, Hamburger Str. 6-10.
Tagesordnung: Abänderungen und Ergänzungen des Statuts.
Der Aufsichtsrat: L. Supperh.

Rohtabak-Lager.

Große Auswahl in allen zur Cigarren- u. Schneide-Fabrikation gebörenden Sorten Tabake, nur gesunde und gut brennende Ware, versende jedes Quantum zu den denkbar billigsten Preisen.
Nicht zusagende Tabake tausche jederzeit bereitwilligst um.
Brautwiesenstraße 25
Görlitz
Brautwiesenstraße 25
Carl Schäche.

En gros. Billige Rohtabake! En detail.
Gegen Nachnahme verzollt: Sumatra Deckblatt 130-425 δ , Brasil 88-280 δ , Java 90-330 δ , Domingo, Seedleaf, Carmen 84-125 δ , Los-Gut, rein amerik., kerngesund (Auzarbeiter!) 80 δ .
Grote & Co., Bremen.

Roh-Tabak.

Empfehle **Sumatra Decken** a Pfd. 150 u. 170 δ braun, 2 Pfund bedend; 230 δ hell, 1 1/2 Pfd.; 260 δ dunkel, 2 Pfd., guter Brand; 260 δ hell, 1 1/2 Pfd.; 320 δ mittel und braun, 1 1/2 Pfd.; 370 δ hell feinst, 1 1/2 Pfd. **Java** von 95 bis 125 δ . **St. Felix Brasil**, lose Blätter, 95 δ , gebockt Pfund 95, 115 bis 145 δ . **Domingo** 100 bis 115 δ . **Carmen** 110 bis 120 δ . **Seedleaf** 100 δ . **Losgut** 80 u. 85 δ . **Märker** 70 u. 75 δ . **Brasil Grns** 75 δ . **Havanna, Mexiko** in Ballen sowie ausgewogen gegen Nachnahme.
Hermann Herholz, Berlin N. 54, Brunnenstrasse 188.

W. Hermann Müller
Berlin O., Alexanderstr. 22.
Billigster Einkauf nach Übereinkunft.
C. Strohmann, Bremen
Rohtabak en gros u. en detail. Sumatra Deder Dell, Mittel- und helle Farben a Pfd. 150, 160, 180, 200, 250, 300 δ . Sumatra Umblatt 110, 120 δ . Java Deder 130, 150 δ . Java Umblatt 90, 100 δ . Feilz Brasil Deder FF. 189, 200 δ . Brasil Umblatt u. Einlage 100, 120 δ . Domingo Umblatt ff. 90, 100, 110 δ . Carmen Umblatt, schönes Blatt, 80, 85 δ . Losblatt, gesund, vollblättrig, 75, 80 δ . Nur rein amerikanische Tabake, garantiert weiß brennend, verzollt unter Nachnahme.
Empfehle ff. Sumatra Deder (Dell), mittelbraun, Pfd. 165 δ , hell bis 300 δ ; Feilz Einlage und Umblatt 115 δ ; ff. Deder 170 bis 200 δ ; Hav. Einlage 180 δ verzollt. Nur Specialitäten. Postcolli per Nachnahme.
Oskar Wingold, Bremen.

In **Denzlingen**: Bei H. Hediger. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11-1 Uhr mittags. - Rufenslassen von der Fabrik ist unterlagt.
In **Eberswalde**: Bei Krumnow im Gasthof zum schwarzen Adler, Brautstraße 12. Verkehrslos! daselbst.
In **Hildesheim**: Bei Wilh. Marahrens, Osterstraße 58, I. Von 12-1 Uhr mittags und 7-8 abends.
In **Iphoe**: Bei G. Könnfeldt, Schützenstr. 8, part. links.
In **Johanngeorgenstadt**: Bei Georg Damm, Eisenbocker Straße 303, I. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und von 7 Uhr abends ab. An Sonn- und Festtagen von 10-1 Uhr mittags.
In **Klein-Bröhnbach**: Bei Adam Jof. Daus. An Wochentagen von 12-1 Uhr. - In der Fabrik lassen ist unterlagt.
In **Mühlheim a. Ruhr**: Bei Ed. Hartwich, Kreuzstr. 60, I; jedoch nur an Mitglieder, die am Ort in Arbeit treten.
In **Neumünster**: Bei A. Kirste, Christianstraße 89. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 10-1 Uhr mittags.
Die Bevollmächtigten der nächstgelegenen Zahlstellen wollen die reisenden Kollegen darauf aufmerksam machen.
In **Oggersheim**: Bei Gottl. Mary, Eichstraße 11. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12-2 Uhr mittags.
In **Trebbin**: In der Herberge zur Heimat. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12-2 Uhr mittags.

Adressenänderungen:

Für **Karlsruhe**: Der 2. Bevollmächtigte Ph. Böttwein wohnt von heute ab Schützenstraße 76, I.
Für **Ludau**: Der 1. Bevollmächtigte Peter Hilß wohnt jetzt Schulgasse 23.
Für **Velten**: Der 1. Bev. A. Ruppin, wohnt jetzt Bahustr. 8, I.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)
In **Karlsruhe**: Sonnabend den 25. Januar bei Herrn Möhrlein, Kaiserstr. Nr. 13. J. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Ginsbütel**: Sonntag den 26. Januar nachmittags 4 Uhr im Lokal der Frau Lemle, Ecke der Vereins- und Bellealliancestraße. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Neuwahl der Verwaltung. 3. Bericht vom Kartell. 4. Regelung des Eintastierens der Beiträge, betreffend das Gewerkschaftshaus. J. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Jage**: Sonntag den 26. Januar nachmittags 1 Uhr. Wegen der wichtigen Tagesordnung werden alle Kollegen gebeten, zu erscheinen. Die auswärtigen Mitglieder mache besonders aufmerksam. J. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Schönlank**: Sonntag den 26. Januar nachmittags 2 1/2 Uhr im Schützenbau. Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung. 2. Die Lage der Tabakarbeiter und ihr Verhalten gegenüber dem Verband. Referent Kollege Gogowski, Posen. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Nichtmitglieder sind eingeladen. J. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Josst**: Sonnabend den 26. Januar. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Deuben**: Montag den 27. Januar im Kunath's Restaurant. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten u. Kontrollleur. 3. Gewerkschaftliches. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig, auch müssen bis dahin die restierenden Beiträge beglichen sein. J. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Altenburg**: Montag den 27. Januar abends 8 1/2 Uhr im Goldenen Engel. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht pünktlich zu erscheinen und ihren Pflichten nachzukommen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Ronneburg. Tabakarbeiter-Versammlung

Sonntag den 26. Jan. nachm. 4 Uhr
Öffentliche
Tabakarbeiter-Versammlung
im Fürstenteller.
Tagesordnung: 1. Die geplante Tabaksteuer und die Lage der Tabakarbeiter in Ronneburg. Ref.: Kollege Köppler, Friedrichshöhe. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Alle Tabakarbeiter von Ronneburg und Umgegend sind eingeladen.
Der Einberufer.

Zahlstelle Neumünster

Sonntag d. 22. Febr. abends 8 Uhr
12. Stiftungsfest
im Elysium
bestehend in Ball u. tom. Vorträgen.
Entree 50 Pfg. Entree 50 Pfg.
Das Komitee.
Die Kollegen der nabestehenden Zahlstellen sowie die von auswärtig nach hier steuernden Mitglieder sind eingeladen.

Deutscher Tabakarbeiterverband

Zahlstellen Hamburg, Altona, Ottensen, Wandsbeck, Barnbeck, Eimsbüttel.
Sonnabend den 1. Februar
Winter-Vergnügen
in Schiffs-Klub- u. Ballhaus Altona, Gr. Freiheit
zum Besten der gemäßigten Nordhauener Tabakarbeiter unter gefälliger Mitwirkung der Liebertafel **Stradella**. Karte für einen Herrn nebst Dame 30 δ . Im Interesse des guten Zweckes ladet freundlichst ein Das Festkomitee.

Köln.

Sonnabend den 1. Februar abends 8 Uhr
Großer Masken-Ball
im Hansa-Saal, Weidengasse
arrangiert von den organisierten Tabakarbeitern Kölns. Nachts punkt 12 Uhr feierlicher Einzug des Mohrenkönigs. Karten im Vorverkauf a Person 50 Pfg. Kassapreise erhöht.
Die auswärtigen Mitglieder sind freundlichst eingeladen.

Roh-Tabak!

Sumatra 150, 180, 200, 220 bis 350 δ . Java 75, 80, 85, 95, 100 bis 200 δ . St. Felix 75, 80, 85, 90, 100 bis 200 δ . Seedleaf 80, 85, 90, 95 bis 110 δ . Carmen 75, 80, 85, 90 bis 110 δ . Domingo 80, 85, 90 bis 100 δ . Havanna 85, 125, 150, 180 bis 300 δ . Gemischtes Losblatt 70, 75, 80 δ . Preise verzollt. Versand gegen Nachnahme.
B. Iben, Bremen, Haferkamp 46.

Rohtabak
in großer Auswahl zu billigsten Preisen. Besonders zu empfehlen: Sumatra-Dell-Decken, helles Vollblatt a 300 δ ; mittelfarbiges Vollblatt a 175 δ ; 2 Blattlängen. Um gefällige Aufträge bittet
Emil Berstorff, Berlin N. Brunnenstraße 25.
Sumatra
schön weißbrennendes Vollblatt, offeriert bei Abnahme von 5 Pfd. an: 1. Blattlänge 1,60, 2. Blattlänge 1,30 per Pfd. verzollt. Carl Krause, Dresden-N., Förstereistraße 9.
Erstes Rohtabak-Detail-Geschäft
Carl Rose, Bremen.
Sumatra-Decken in tabellos brennender Ware.
L A B } hell.
S S 1/2 }
1. Länge Vollblatt a 335 δ
2. Länge Vollblatt a 275 δ
In 1. u. 2. Vollblattlänge } Mittelfarben
a 150, 210, 230, 275 δ u. leicht braun.
Java- und Sumatra-Umblatt
a 85-120 δ .
Loses Gut, beste gesunde blattige Ware aus nur original-überseeischen Tabaken hergestellt, von a 75-80 δ .
Ebenso Brasil, Seedleaf, Domingo Umblatt und Einlagen im Anbruch zu Originalpreisen.
Postcolli nur gegen Nachnahme. Nachnahmegebühren nicht berechnet.

Achtung! Cigarrenmacher, der auch etwas Sortieren kann, für sofort zur Aus-

hilfe gesucht. **Wilh. Grabenstein, Bad Rastenberg in Thüringen.**
Müchtiger solider Cigarren-Arbeiter, dem an dauernder Arbeit gelegen ist, wird gesucht. Eintritt sofort. Lohn 7,50 bis 11 Mk. bei ausgereihtem und aufgesetztem Deckblatt. Auskunft erteilt **Franz Rudeck in Steinbach** bei Hüttensteinach in Thür.
Tücht. sol. verh. Cigarrenmacher, dessen Frau Widel macht, für dauernde Arbeit gesucht. Lohn 8 Mk. und höher. **Philipp Pier, Griesheim bei Frankfurt am Main.**
Jüngere tüchtige Wickelmacherin, auf alle Façons eingeweiht, sucht dauernde und lohnende Beschäftigung. Offerten sind zu richten an **Karl Klogis, Cigarrenmacher, Gilsburg, Felsweg 1b.**
Junger tüchtiger Cigarrenarbeiter, auf alle Façons eingearbeitet, sucht Stellung. Kleine Stadt oder Dorf bevorzugt. Off. unt. **A. B.** erbeten postl. Postamt 10, Breslau.
Junger ordentl. u. tüchtiger Cigarren-Arbeiter sucht zum 1. Februar oder gleich Stellung, am liebsten, wo Widel geliefert werden. Auskunft erteilt **Hugo Wollermann, Schönlank, Karlstraße 8.**
Verheir. Cigarren-Arbeiter sucht Stellung. Gesl. Offerten sind zu richten an **Erich Blek, Prenzlau, Brinzenstraße 637, Hof rechts.**
Unserem Freund und Kollegen **Friedrich Thiele** zu seinem am 27. Januar stattfindenden 23. Wiegenfeste die besten Glückwünsche.
Die Kollegen der Fabrik **Rocholl, Kassel.**
Codes-Anzeige.
Am 6. Januar starb nach ganz kurzem Leiden unser Verbandskollege **Johann Konrad Merget** im Alter von 26 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Zahlstelle **Klein-Ronneburg a. M.**
Briefkasten.
Vereins-Anzeiger müssen gefrempt sein. - Andere Anzeiger sind vorher zu bezahlen. Bei Einlieferung der Beiträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.
Neumünster, 120 δ . - A. R., Kassel 150 δ .

Alle Roh-Tabake

in grösster Auswahl, billigste Preise. Guter Brand! Vorzügliche Qualität!
Sämtliche Utensilien z. Cigarrenfabrikation.
Sehr große Auswahl von Formen in jeder Façon zu Original-Fabrikpreisen.
Heinrich Franck
Berlin N., Brunnenstr. 185.
Man verlange illustriertes Preisverzeichnis.

Rohtabak-Offerte.

Wir offerieren:
Java Einlage u. Umbl. von 80-100 δ
Vorzeiland Umblatt " 95-150 δ
Sumatra Decken " 120-600 δ
Brasil Einlage " 110-200 δ
Pfalzer " 65-85 δ
Proben gegen Nachnahme franko.
Gebr. Loeb, Ballendar am Rh.